

Damals wie heute: Rassismus tötet

Die rassistischen Angriffen im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen im August 1992 stehen symbolisch für die Welle rechter Gewalt zu Beginn der 1990er Jahre:

Mehr als 50 Menschen wurden verbrannt, erstochen oder erschlagen. Die damalige Bundesregierung hatte selbst zur **Stimmungsmache** beigetragen, etwa indem die Union eine öffentliche Kampagne gegen »Asylmissbrauch« führte. Auf die folgende Eskalation rassistischer Gewalt reagierte sie, indem sie im Mai 1993 gemeinsam mit der SPD das **Grundrecht auf Asyl** weitgehend abschaffte – und damit eine wesentliche Forderung der Rechten übernahm.

Heute erleben wir eine **erneute Explosion rassistischer Gewalt**. Auch in der Zwischenzeit gab es rechte Gewalt und rechten Terror, das zeigen auch die Taten des NSU. Doch 2016 registrierte das BKA **über 23.000 rechte Straftaten**, davon



knapp 1700 Gewalttaten – so viele wie noch nie. Ein besonderer Fokus rechter Gewalt richtet sich gegen Asylsuchende. Die Amadeu-Antonio-Stiftung zählte für **2016 über 3700 Angriffe** gegen Geflüchtete. Die Dunkelziffer rechter Gewalt ist höher: Viele Taten werden nicht bekannt, weil die Opfer Angst haben, sich an die Polizei zu wenden oder die Taten von der Polizei nicht als politisch motiviert anerkannt werden.

Geistige Brandstifter in den demokratischen Parteien

Studien zeigen: Fast 20 Prozent der Bevölkerung stimmen rechten und rassistischen Aussagen zu¹. Die **AfD** ist inzwischen eine offen rechtsradikale Partei, prominente Politiker sprechen im

Abwertung von Asylbewerbern

Prozentsatz derjenigen, die den Aussagen »eher« oder »voll und ganz« zugestimmt haben:

	2011	2014	2016
»Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat nicht großzügig sein.«	25,8	76,0	80,9
»Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.«	46,7	55,3	59,9

Quelle: Decker, Kiess, Brähler (Hg.): »Die enthemmte Mitte

Angesicht flüchtender Menschen vom Schießbefehl. Bei aller Empörung in der Öffentlichkeit – **Lautsprecher** in den Parteien der »demokratischen Mitte« spielen für die rechten Kampagnen eine wichtige Rolle: Politiker wie Thilo Sarrazin (SPD), Horst Seehofer (CSU) oder Boris Palmer (Grüne) vertreten öffentlich und meist ohne Konsequenzen rassistische Positionen. Damit verleihen sie ihnen scheinbar Berechtigung und tragen zu ihrer Verbreitung bei.

Mehr noch: Wie schon Anfang der 1990er Jahre verschärft **eine ganz große Koalition** von der Union über die SPD bis zu den Grünen das Asylrecht, z.B. durch die Ausweisung in vermeintlich **sichere Herkunftsstaaten** und **Abschiebungen** in Bürgerkriegsländer wie Afghanistan.

Rechtsruck als Folge der Krise

Am stärksten ließ sich der Rechtsruck in den vergangenen Jahren in der Mittelschicht feststellen. Auf die Angst vor dem Verlust relativen Wohlstands reagieren viele mit Nationalismus und Rassismus. Auch wenn Politiker die Flüchtlingszahlen der vergangenen Jahre als Bedrohung für den Sozialstaat darstellen, verlagern sie die Verantwortung weg von den Neoliberalen, die ihn kaputtgespart haben, und präsentieren Flüchtlinge als Schuldige. Damit bereiten sie den offen rassistischen Kampagnen von AfD und NPD den Boden. Weil Die LINKE sich diesen Kampagnen konsequent entgegen stellt, werden wir selbst zur Zielscheibe. Allein 2016 gab es fast 60 Angriffe auf Büros unserer Partei.

Das beste Mittel gegen rechts: linke Politik!

Doch der Rechtsruck wird nicht gestoppt, wenn die Mitte nach rechts rückt. DIE LINKE setzt daher sowohl auf konkrete Maßnahmen wie auf eine langfristige Strategie gegen rechts. Rechte Angebote werden unattraktiv, wo eine soziale und demokratische Politik greifbar ist. Deshalb kämpfen wir in lokalen Auseinandersetzungen, in betrieblichen Initiativen und Basisorganisationen gemeinsam mit vielen unterschiedlichen Menschen für Veränderung im Alltag. Indem wir solidarische Alternativen schaffen, entziehen wir rechter Hetze den Boden.

Außerdem fordern wir:

- den Schutz der Menschen in den Flüchtlingsheimen und ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt;
- eine unabhängige Beobachtungsstelle »Extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«.
- Die Bundesprogramme gegen Rechts extremismus müssen dauerhaft gefördert werden. Projekte der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratietriebündnisse wollen wir stärker unterstützen, um rechten Gruppen effektiv etwas entgegensetzen zu können.

Antifaschismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe: Gemeinsam mit breiten Bündnissen blockieren wir daher Naziaufmärsche auf Straßen und Plätzen und kämpfen gegen rassistische Angriffe. Ziviler Ungehorsam gehört zum demokratischen Protest und darf nicht kriminalisiert werden.

1) Vgl. www.uni-leipzig.de/pressedaten/dokumente/dok_20160615154026_34260c0426.pdf

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.